

Offensive und Niederlage der Taleban im Norden Afghanistans: Dilemmas für Rußland und die GUS

Borcke, Astrid von

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Borcke, A. v. (1997). *Offensive und Niederlage der Taleban im Norden Afghanistans: Dilemmas für Rußland und die GUS*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 32/1997). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47025>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Offensive und Niederlage der Taleban im Norden Afghanistans

Dilemmas für Rußland und die GUS

Zusammenfassung

Mit der Blitzoffensive der Taleban nach Nordafghanistan im Anschluß an den Verrat des mächtigsten Gefolgsmannes des nördlichen Warlord Abdul Raschid Dostum, Abdul Malik Pahlawan, am 19. Juni verbanden Islamabad, aber auch Washington, Hoffnungen auf ein Ende des bereits zwei Jahrzehnte andauernden Bürgerkriegs in Afghanistan. Mit einer solchen Stabilisierung – wenn auch in der alles andere als attraktiven Form einer paschtunisch-tribalistisch-theokratischen Militärdiktatur – könnte Afghanistan als Haupttransitgebiet nach Zentralasien mit seinen enormen Bodenschätzen endlich genutzt werden. Dieser Handel aber wird inzwischen sowohl von Pakistan als auch von den südlichen GUS-Staaten als geradezu lebensentscheidend betrachtet.

Doch nach dem nicht minder dramatischen Zusammenbruch der Offensive innerhalb von Tagen stellt sich die Frage: Ist Afghanistan somit "back to square one", wie es ein Sprecher Washingtons ausdrückte, d.h. zurück zum andauernden Bürgerkrieg? Und was bedeuten diese Entwicklungen für die Region, speziell für die GUS und Rußland?

Afghanistans neue geopolitische Bedeutung

Nach dem sowjetischen Truppenabzug aus Afghanistan (1989) war das Interesse der USA und bald auch Moskaus an Afghanistan nahezu gänzlich erloschen. Die Sowjetunion hatte hier ihr "Vietnam" erlebt, das man in Rußland am liebsten vergessen möchte. Dafür begann ein Ringen der Anrainermächte, allen voran Pakistans, um Einfluß und Vormacht. Erst im Zuge des wachsenden Interesses an den Rohstoffen Zentralasiens, vor allem am Öl des Kaspischen Meers und Erdgas Turkmenistans, besinnen sich auch die "Supermächte" auf Afghanistan zurück: Dies ist das Transitland, über das (zumal bei einem anhaltenden Boykott des Irans durch Washington) wichtige Verbindungsrouten und Pipelines der neuen Staaten der südlichen GUS zum Weltmarkt laufen müßten.

Angesichts des bedenklichen Niedergangs ihrer Wirtschaften sehen die zentralasiatischen Führer hierin inzwischen geradezu eine Frage ihres politischen Überlebens. Auf dem ECO¹-Gipfel unterzeichneten kürzlich Pakistan und Turkmenistan einen Rahmenvertrag über den Bau einer

¹ Economic Cooperation Organization.

Pipeline. Taschkent hatte zu Jahresbeginn einen entsprechenden Vertrag mit der amerikanischen Firma UNOCAL unterzeichnet.² Auch Kasachstan sieht im Bau der Pipelines seine vorrangige Priorität. Die Ölgesellschaften sind bereits 1995 mit den Taleban ins Geschäft gekommen. Moskau empfindet sich in Zentralasien zusehends in Konkurrenz mit westlichen Firmen. Es fürchtet, daß es mit den neuen Pipelines und Verkehrsverbindungen seinen geopolitischen Einfluß in der Region verlieren wird. Hinter dem pakistanischen Engagement in Afghanistan wird "die Hand Washingtons" vermutet.

Andererseits hat auch Rußland jedes Interesse an einer Stabilisierung Afghanistans, und eine paschtunische Restauration fand mancherorts aus historischen Gründen Beifall.³ Hinzu kommt, daß russische Militärs schwerlich verschmerzen können, daß der bedeutendste Militärführer des Rabbani-Regimes, der Tadschike Ahmad Schah Mas'ud, in Afghanistan als Sieger über die Sowjetunion gefeiert wurde.⁴ Doch die extremistischen Taleban, deren Islamverständnis ein führender iranischer Ajatollah als "steinzeitlich" abgestempelt hat, sind für Moskau wenig attraktive Partner, zumal befürchtet wird, Teile der tadschikischen islamistischen Opposition könnten mit ihnen gemeinsame Sache machen.

Rußland und der islamische Süden

Rußlands Haltung gegenüber dem islamischen Süden ist ohnehin ambivalent. Die Reformer unter Jelzin betrachteten die islamischen Staaten der GUS zunächst nur als wirtschaftliche und politisch-kulturelle Hindernisse auf dem Weg in die "zivilisierte", also die westliche Welt. Das russische Militär sieht in diesem Süden gar die neue Hauptgefahr nach dem Kalten Krieg. Der Grenzschutz hat betont, daß Rußland selbst zusätzlich zu den alten sowjetischen Grenzen keine weiteren befestigten Grenzanlagen habe. Die Sicherheitsdienste haben vor Kriminalität, Terrorismus, Drogen- und Waffenschmuggel gewarnt. Doch die russische Diplomatie und auch die russischen Politiker fürchten, zumal nach dem Tschetschenien-Fiasko, ein neues Engagement in Afghanistan. Es wird vermutet, daß Rußland, sollte es zum militärischen Konflikt kommen, der Unterlegene sein würde.

Kommunisten und Nationalisten wiederum sehen in islamischen Staaten und Bewegungen potentielle Bündnispartner aufgrund einer gemeinsamen anti-westlichen Orientierung. Es gibt eine Stimmung, die in dieser Weltregion, zusammen mit China und Indien, ein Gegengewicht gegen die Osterweiterung der NATO aufbauen möchte. Der Iran, dessen Revolution von 1979 der islamistischen Welle ihren ersten großen Auftrieb gab, ist bereits seit 1993 Rußlands strategischer Verbündeter. Kurz, Rußland muß mit dem Phänomen "Islam" mit viel Fingerspitzengefühl umgehen, zumal es bis zu 20 Millionen Muslime im eigenen Land hat.

Doch gegenüber Afghanistan, über das Rußland am ehesten von den Problemen des islamischen Südens tangiert werden könnte, hat Rußland im Grunde keine eigentliche Politik mehr gehabt seit Jelzin Anfang 1992 auch die letzten Hilfeleistungen einstellte: der Anfang vom Ende des Nadschibullah-Regimes. Kritiker meinten, der Sieg der Mudschahedin, die im Frühjahr 1992 unter Mas'ud Kabul einnahmen, war der Auftakt zum Bürgerkrieg in Tadschikistan, dem blutigsten in der GUS. Damals begann auf Druck der Militärführung Rußlands erneutes Engagement in der Region. 1993 erklärte Jelzin die tadschikisch-afghanische Grenze zu einer "russischen".

Rußland hat in Tadschikistan 25.000 Mann Truppen stationiert. Ohne die 201. Motorisierte Schützendivision in Duschanbe hätte sich das Regime des ehemaligen Kommandanten der prokommunistischen tadschikischen "Volksfront" aus Kuljab, Emamali Rahmonow, kaum an der Macht gehalten. Hinzu kommt der Grenzschutz, heute zu ca. 90% mit tadschikischen Rekruten besetzt. Angesichts der jüngsten Entwicklungen in Afghanistan erklärte der Direktor des russischen

² NZZ, 29.5.1997; TZ, 26.5.1997. Ein Verzeichnis der Abkürzungen befindet sich am Ende des Aufsatzes.

³ Hauptverfechter eines russischen Bundes mit dem traditionellen afghanischen "Herrenvolk" der Paschtunen ist Aleksandr Ju. Umnov vom *Institut izučenija Izrailja i Bližnego Vostoka* (Institut zum Studium Israels und des Nahen Ostens), vgl. NG, 11.6.1997.

⁴ So meinte General (a.D.) Boris Gromow, der letzte Oberbefehlshaber der sowjetischen 40. Armee: Mas'ud und Rabbani hätten Rußland nie Gutes getan, die Taleban ihm nie geschadet. (MN, 10.-16.10.1996)

Föderalen Grenzschutzes, General Andrej Nikolajew, die Truppen an der Grenze reichten vollauf, um einen Angriff abzuwehren.

Russische Militärfachleute und Diplomaten bezweifelten im Grunde, daß es die Taleban auf die militärische Konfrontation mit der GUS abgesehen hätten. Ja, die Bewegung müßte sogar jedes Interesse an der Stabilisierung der Grenze haben, um die Unterstützung ihrer ethnischen Gegenspieler von außen zu unterbinden. Zumindest würden die Taleban noch eine ganze Zeit mit der so schwierigen Pazifizierung ihres Landes beschäftigt sein. Die Beteuerungen von Talebanführern, ihren Islam nicht exportieren zu wollen, erscheinen in Anbetracht von dessen paschtunisch-tribalistischen Zügen weitgehend überzeugend, auch wenn man in ihren Reihen offen von der Rückeroberung der heiligen Städte des Islam, Buchara und Samarkand, sprechen mag. Ohnehin brach die spektakuläre Taleban-Offensive nach nur vier Tagen unter nicht minder sensationellen Umständen (zunächst einmal?) wieder in sich zusammen.⁵

Rußland hat inzwischen seinen alten Gegenspieler Mas'ud militärisch unterstützt.⁶ Das hat seit dem Fall Kabuls im letzten September auch Teheran getan. Diese Politik (wenn es denn eine war: es können auch "private" Kräfte dahinter gestanden haben) schien sich nun auszuzahlen. Als im Norden das Chaos ausbrach, lancierte der zeitweilig gefährlich eingekesselte "Löwe von Pandschir" am 26. Juni am Salang und bei einigen anderen Orte eine Reihe von Offensiven. Hinter Mas'ud, dem bedeutendsten Feldkommandanten des *Dschihad* und praktisch dem ersten gesamtnationalen Führer der afghanischen Tadschiken, stehen 15.-20.000 loyale, gut bewaffnete und kampferprobte Gebirgstruppen.

Einstweiliges Fazit dieser Umbrüche: In kurzer Zeit hatten die Taleban wieder 40% des afghanischen Territoriums verloren und, so hieß es, bis zu 5.000 Kämpfer: eines der größten Fiaskos des gesamten Afghanistankriegs. Prompt formierte sich die nördliche Allianz neu zur "Islamischen Rettungsfront Afghanistans". Heute haben damit die Taleban nahezu alles, was im afghanischen Geschehen Rang und Namen hat, gegen sich.⁷

⁵ Dem rebellischen Usbekengeneral Abdul Malik, Gouverneur der Provinz Farjab und Kommandeur der 511. Division, einer der schlagkräftigsten des Landes, war von den Taleban Autonomie für seine Region zugesagt worden. Seine Kämpfer sollten – im Gegensatz zur Praktik der Taleban in anderen Regionen – ihre Waffen behalten dürfen. Die Taleban waren über den pakistanischen Botschafter aufgefordert worden, ihre Truppen in Bamian zu belassen. Statt dessen erklärte dann jedoch deren "Außenminister" Mullah Ghaus Achond, 10.000 Mann seien im Anmarsch. Bei dem Versuch, die Schi'iten eines Stadtviertels von Masar-e Scharif zu entwaffnen, setzten sich diese zur Wehr, und Maliks Männer schlossen sich an. Es folgten 18stündige schwere Straßenkämpfe, und die militärisch und zahlenmäßig weit unterlegenen, völlig überrumpelten Taleban wurden zu Hunderten niedergemacht.

⁶ Hekmatjar hatte angeprangert, daß das Rabbani-Regime sein Geld in Moskau drucken ließ. Dann hieß es, Russen hätten Mas'ud einen Flugplatz in Taloqan, der Hauptstadt der von ihm beherrschten Provinz Tachar im Norden, ausgebaut und mit dem Bau einer östlichen Umgehungsstraße der Salangstraße begonnen. Die Meldungen mehrten sich, daß Mas'ud von Rußland und dem Iran mit Waffen beliefert wurde. Ohne russische Billigung hätte ihm jedenfalls Rahmonow schwerlich den Flugplatz von Kuljab (Tadschikistan) zur Verfügung gestellt. Damit aber war das Risiko entstanden, daß bei einer Offensive der Taleban – die vital an der Ausschaltung von Mas'uds Luft- und Nachschubbasis interessiert sein mußten – auch Tadschikistan in die Kämpfe gezogen würde und daraufhin den GUS-Vertrag für kollektive Sicherheit anrufen würde.

⁷ Im einzelnen sind das: Mas'ud und ex-Präsident Borhanuddin Rabbani, der am 30.6. aus dem Iran zurückkehrte und damit die (überwiegend tadschikische) *Dscham'iat-e eslami* ("Islamische Gesellschaft"). Mas'ud ist der eigentliche Hauptgegner der Ambitionen Pakistans gewesen, mittels Kontrolle über Afghanistan strategische und inzwischen auch ökonomische "Tiefe" zu gewinnen: Ferner die nördliche "Nationale Bewegung" ("*Jonbesch-e melli*") der Usbeken; die *Hesb-e Wahdat* ("Einheitspartei"), ein auf Teherans Drängen entstandener Zusammenschluß einer Reihe schi'itischer Gruppierungen. Die schi'itischen Hasara Kabuls und der Zentralregion müssen von den Taleban – fanatischen Sunniten – das Schlimmste befürchten. Ähnliches gilt von den Ismaeliten. Angeschlossen hat sich auch der ewig taktierende Ghilzai-Paschtune Hekmatjar (die Taleban sind überwiegend Durrani), Afghanistans berühmt-berühmter Islamist. Seine *Hesb-e eslami* ("Islamische Partei") galt als eine der mächtigsten Gruppierungen im Krieg, ist heute aber nur noch ein Schatten ihrer selbst, da seine paschtunischen Gefolgsleute *en masse* zu den Taleban übergelaufen sind. Sogar ex-Präsident Sebghatullah Mudscheddi, ein Sufi-*Pir*, soll der Allianz beigetreten sein.

Handlungsunfähigkeit der GUS und Rußlands Haltung

Nach dem Fall von Masar zeigten die zentralasiatischen Staaten nur eine Gemeinsamkeit, nämlich daß sie alle auf keinen Fall in innerafghanische Kämpfe hineingezogen werden wollen. Turkmenistans Saparmurad Nijasow hat stets seine Neutralität herausgestellt. Sein Land würde in erster Linie von einer Pipeline via Afghanistan profitieren. Der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew, der bislang die Rabbani-Regierung als legitim anerkannt hatte, drängt nun auf eine Koalitionsregierung in Kabul, womit auch er Ausgleichsbereitschaft gegenüber den Taleban signalisiert. Zugleich hat Kasachstan mit einer Militärreform begonnen. In Alma Ata denkt man bereits an den Abzug des kasachischen Bataillons von der afghanisch-tadschikischen Grenze.

Es war bereits vermutet worden, daß Islam Karimow im Interesse des Zugangs zum Süden sogar seinen langjährigen afghanischen Protegé Dostum fallen lassen würde. Es fällt auf, daß sich Dostum statt nach Usbekistan, in die Türkei abgesetzt hat. Karimow betonte nun: Die Taleban seien eine Kraft, die man als solche anerkennen müsse. Es wurde sogar vermutet, der usbekische Präsident habe womöglich den rebellischen General Abdul Malik zu seiner Meuterei gegen Dostum ermutigt, um so zumindest einigen Einfluß auf das scheinbar unausweichliche neue Taleban-Regime in Afghanistan ausüben zu können.⁸ Usbekistan kann nicht übersehen, daß es im Falle eines Angriffs der Taleban gegen die Grenze der GUS aus geographischen Gründen am meisten gefährdet scheint.

In Duschanbe herrschte nach dem Fall Masars Alarm. Man fürchtete erneute Spannungen an der Grenze, die sich in letzter Zeit beruhigt hatte, und Flüchtlingsströme, die für die wirtschaftlich ruinierte Republik eine Katastrophe wären. Zumindest Teile der islamistischen Opposition könnten mit den Taleban gemeinsame Sache machen. Allerdings ist gerade unter dem Druck Moskaus und Teherans, unterstützt von Rabbani und Mas'ud – und dem Eindruck des Vordringens der Taleban?! – nach jahrelangen Verhandlungen des Rahmonow-Regimes mit dieser Opposition eine offenbar endgültige Einigung im intertadschikischen Konflikt erzielt worden. Doch Tadschikistan folgt letztlich Moskaus Anweisungen. Kyrgyzstan schließlich richtete prophylaktisch ein Lager für Flüchtlinge ein, um ggf. bis zu 20.000 Personen aufnehmen zu können. Bei solch unterschiedlichen Interessen ist es kein Wunder, wenn die GUS nicht mit einer gemeinsamen Strategie auftrat.

Auch Rußlands Haltung ist auffallend zurückhaltend und nicht ohne Schwankungen gewesen. Nach dem Fall Kabuls im September 1996 hatte Jelzins damaliger Sicherheitsberater Aleksandr Lebed darauf gedrängt, nun die Gegner der Taleban – Dostum, Hekmatjar, Mas'ud – zu unterstützen. Primakow, selbst zutiefst besorgt – unter seiner Leitung hatte der Auslandsnachrichtendienst 1994 erklärt, die Eindämmung des islamistischen Extremismus läge im Interesse der Weltgemeinschaft – blieb zurückhaltend. Er hegt aber begründete Zweifel, daß die angestrebte Restauration einer paschtunischen Hegemonie im Namen des bislang weltweit radikalsten Islamismus Afghanistan mit seinen vielen Völkerschaften zu regieren vermag. Ja, er schloß nicht einmal ganz aus, daß die Taleban doch in den Norden vorstoßen würden.⁹

Nur Stunden nach dem Machtwechsel in Masar am 22. Juni warnte die "russische Führung": Mit jedem Angriff auf die Grenze träte der GUS-Vertrag für kollektive Sicherheit automatisch in Kraft. Die nötigen Anweisungen seien bereits erteilt. Das russische Außenministerium verweigerte zunächst jede nähere Einschätzung der Lage in Afghanistan. Moskau, so hieß es nur, erkenne einen "Islamischen Staat Afghanistan" an, was implizierte: unabhängig davon, wer dort herrsche. Der

⁸ Abdul Malik Pahlawan hatte allerdings genügend persönliche Gründe. Er ist Halbbruder des bekannten Rasul Pahlawan, Dostums mächtigsten Mitstreiters (und potentiellen Rivalens), der im letzten Jahr unter undurchsichtigen Umständen ermordet wurde. Ein schwerer Verdacht fiel dabei auf Dostum selbst, und in Afghanistan herrscht Blutrache. Hinzu kam, daß ein weiterer enger Freund von Malik, Haqqani, von einem Kommandeur Dostums erschossen wurde: Haqqani hatte geheime Beziehungen zu den Taleban unterhalten und war für einen Ausgleich mit diesen eingetreten. Das gleiche galt von Abdul Malik, der selber halber Paschtune ist. Er mußte nun damit rechnen, das nächste Opfer zu sein. Doch die politisch inkompetenten Taleban brachen die getroffenen Abmachungen (Autonomie für den Norden, Verzicht auf Entwaffnung der usbekischen Kämpfer, wahrscheinlich Anerkennung Abdul Maliks als Dostums Nachfolger).

⁹ FHSA, 26.5.1997, S. 13.

russische Generalkonsul erklärte, das nach Heiratan evakuierte Konsulat werde nach Masar zurückkehren, sobald es dort eine geregelte Administration gebe.¹⁰ Moskau hielt sich also alle Optionen offen.

Zugleich versuchte die russische Diplomatie, die Kooperation mit den regionalen Staaten und internationalen Organisationen zu verstärken. Primakow dachte jedoch auf absehbarer Zeit nicht an die diplomatische Anerkennung des neuen Regimes. Schnell erwies sich Pakistans Anerkennung vom 25. Juni (der nur die Saudis¹¹ und Vereinigten Arabischen Emirate gefolgt sind) als diplomatisches Fiasko.¹² Auf pakistanische Einladung traf der stellvertretende russische Außenminister Wiktor Posuwaljuk am 7. Juni in Islamabad ein, um sich mit der pakistanischen Diplomatie abzusprechen und diskret mit Vertretern der Taleban zusammenzutreffen.

Chancen einer Konfliktlösung

Die Niederlage der Taleban ist zugleich ein politisches Fiasko für ihre pakistanischen Sponsoren aus Kreisen des Militärs, Grenzschutzes und ISI¹³ – wo traditionell Paschtunen eine führende Rolle gespielt haben – sowie der fundamentalistischen Parteien, die die Taleban in mit saudi-arabischen Geldern finanzierten Medressen (Religionsschulen) indoktriniert haben. Ein Sinneswandel in Islamabad – die öffentliche Meinung Pakistans steht den Taleban mit nur zu begründeten Bedenken gegenüber – könnte daher erhebliche Wirkungen haben.¹⁴ Der neue pakistanische Premier Nawaz Scharif hatte bereits vor dem Fall von Masar ein Treffen der Staatsoberhäupter der Region vorgeschlagen, um gemeinsam eine Lösung auszuarbeiten. Rußland engagiert sich ebenfalls hierfür, und es kann dabei mit den Sympathien Indiens und Chinas rechnen. Rußlands aktivster Verbündeter aber bleibt Teheran, das stets betont hat, es gebe für Afghanistan keine militärische Lösung.¹⁵ Mit Recht wurde von iranischer Seite erklärt, die Niederlage der Taleban habe zu einem neuen Gleichgewicht der Kräfte geführt, und das bedeute neue Chancen für einen Kompromißfrieden.

Pakistans Diplomatie könnte jetzt gegenüber dem omnipotenten Militär Aufwind haben. Sie hat dem rebellischen Usbekenführer Abdul Malik das ursprüngliche Abkommen mit den Taleban – weitgehende Autonomie für sein Gebiet – erneut angeboten. Offen ist, ob und wie sich Pakistan mit seinem größten Gegenspieler, Mas'ud, einem afghanischen Patrioten mit gesamtnationaler Vision, arrangieren will. Mas'ud hat sich verhandlungsbereit erklärt. Sein Sprecher Dr. Abdullah erklärte nur zu recht: Weder könnten Mas'uds Tadschiken den paschtunischen Süden beherrschen noch diese Paschtunen den (überwiegend tadschikischen und usbekischen) Norden.¹⁶ Aber Mas'ud stellt die

¹⁰ FHSA, 27.5.1997, S. 24.

¹¹ Nicht nur, daß die missionarischen Saudis, die militärisch eng mit Pakistan zusammenarbeiten, vielfach als Protektoren radikaler islamischer Bewegungen aufgetreten sind; sie wollen, gleich den USA, auch den Einfluß ihres größten regionalen Gegenspielers, des Iran, eindämmen.

¹² Der neue Außenminister Gohar Ajob Khan, ein Sohn des ehemaligen Diktators, gilt als Mann des Militärs und Geheimdienstes.

¹³ ISI-Chef Afridi soll zusammen mit drei anderen hohen Offizieren bei einem Helikopterabsturz in Nordafghanistan ums Leben gekommen sein.

¹⁴ Ein Umdenken in der Afghanistanpolitik ist eine heikle Frage in diesem "prätorianischen Staat" mit seinem überstarken Militär, dessen Geheimdienst ISI diese Politik monopolisiert und die mächtige fundamentalistische *Dschama'at-e eslami* als seine politische Frontorganisation benutzt hat. Bezeichnenderweise hat sich Ministerpräsident Nawaz Scharif öffentlich nur wenig zur Afghanistanproblematik geäußert. Im Frühjahr 1992 war er überraschend bereit gewesen, fast gänzlich auf den für Umsicht bekannten Mas'ud zu setzen.

¹⁵ Iran, dessen Afghanistanpolitik sich ursprünglich auf die Schi'iten konzentriert hatte, fühlte sich bereits durch die Besetzung Herats durch die Taleban im September 1995 herausgefordert, da es diese Stadt zu seinem Kultur- und Interessenbereich zählt. Nach dem Fall Kabuls ein Jahr später hat es sich voll hinter das Regime der Tadschiken Rabbani und Mas'ud gestellt. Nach dem Dreiertreffen von Präsident Ali Akbar Rafsandschani, Rahmonow und Rabbani am 10. Mai betonte der iranische Außenminister Welajati ausdrücklich die Zusammenarbeit aller farsiphonen Völker. Im Krieg war es zu Differenzen mit Mas'ud gekommen, als das Chomeini-Regime diesem Unterstützung anbot, unter der Bedingung, daß er sich dafür ausdrücklich von den USA distanzieren. Als Mas'ud das höflich ablehnte, wurde er als Lakai der Amerikaner abgestempelt.

¹⁶ FR, 31.5.1997.

Vorbedingung, daß die Taleban aus Kabul abziehen und den Anspruch aufgeben, die Regierung des Landes zu stellen,¹⁷ und er verlangt, daß Verhandlungen unter der Ägide der UNO und OIC (Organization of the Islamic Conference) geführt werden. Primakow greift noch dazu auf einen alten, von den "Mudschahedin" stets abge-

¹⁷ DW, 19.6.1997, S. 1.

lehnten Plan zurück: neben einer Koalitionsregierung für Afghanistan die Rückkehr von König Zahir Schah als "stabilisierende Figur".¹⁸ Das Königshaus repräsentiert, ebenso wie mehrheitlich die Taleban, die Durrani-Paschtunen. Fehlt es doch den tribalistisch-individualistischen Paschtunen an einer gesamtnationalen Integrationsfigur.¹⁹

Die Idee einer föderalen Lösung – die Schweiz mit ihren Kantonen wäre vielleicht ein Vorbild! – scheint sinnvoller als das bislang von Afghanen selbst herausgestellte Festhalten an der Idee des Einheitsstaats. Dabei bestünde zwar ein gewisses Risiko, daß Afghanistan in Teilstaaten zerfällt: die große Furcht der Anrainer, da es in diesem Fall bei Konflikten zu grenzübergreifenden Solidarierungen der verschiedenen Minderheiten kommen kann. Doch dieses Problem der ethnischen Solidaritäten dürfte im Falle andauernder Kämpfe erst recht akut werden. Andererseits würde eine Koalitionsregierung aus den verschiedenen ethnischen und politischen Gruppierungen speziell in der Innenpolitik schwerlich handlungsfähig sein. Es fehlt das nötige übergreifende Nationalbewußtsein, so daß es bei dem Ziel des Einheitsstaates nahezu unweigerlich wieder zu Kämpfen um die Vormacht in diesem Staat kommen dürfte.²⁰ Mit dem Abzug der Sowjets und dem Ende des *Dschihad* begann prompt der Bürgerkrieg.

Die Taleban werden sich wahrscheinlich zum Verhandeln gezwungen sehen als letzte Chance, nicht alles zu verlieren.²¹ Mas'ud ist Pragmatiker, der immer wieder im Interesse höherer Ziele vergebungsbereit gewesen ist. Er selbst hatte zunächst versucht, mit den Taleban zu einem Arrangement zu kommen. Die afghanischen Usbeken haben sich traditionell aus der zentralen Politik herausgehalten.²²

Afghanistan ist also keineswegs unbedingt "back to square one". Die Alleinherrschaftsbestrebungen der Taleban haben zu einem Fiasko geführt, von dem sich die Bewegung vielleicht nicht mehr wirklich erholt. Das muß sich auch auf das politische Prestige ihrer Sponsoren auswirken. Der Umstand, daß inzwischen alle Anrainerstaaten dringend an Frieden in Afghanistan interessiert sind, könnte bedeuten, daß jetzt eine echte Chance besteht, den afghanischen Bürgerkrieg zu beenden. Rußlands Politik des vorsichtigen Abwartens und Taktierens, wohinter ganz wesentlich pure Schwäche steht, hat sich angesichts der unvorhersehbaren Umschwünge in Afghanistan als ein weiser Kurs erwiesen.

Astrid von Borcke

Abkürzungen: DW = Deutsche Welle; FHSA = Fernseh-Hörfunkspiegel Ausland; FR = Frankfurter Rundschau; MN = Moscow News; NG = Nezavisimaja gazeta; NZZ = Neue Zürcher Zeitung; TZ = Tageszeitung

¹⁸ Allerdings ist der in Rom im Exil lebende König inzwischen 83 Jahre alt. Ihm wird von einfachen Afghanen hoch angerechnet, daß sie unter ihm in Frieden leben konnten. Schon Nadschibullah hatte schließlich auf den König gesetzt.

¹⁹ Der schemenhafte, sich stets im Hintergrund haltende 37jährige Mullah Mohammed Omar, Gründer der Taleban-Bewegung und "Befehlshaber aller Gläubigen" ("amir al-mo'min": theologisch ein immenser Anspruch!), überzeugt als nationaler Führer noch nicht. Selbst seine Ansprachen an die Nation werden verlesen.

²⁰ Die Koalition Rabbani-Hekmatjar von 1992 hat praktisch nie funktioniert. Die "Kommunisten" erlebten dasselbe: Hinter den Konflikten zwischen den Extremisten der *Chalq* ("Volk" oder "Masse") und dem pragmatischeren *Partscham* ("Banner") Fraktion der DVPA ("Demokratischen Volkspartei Afghanistans") stand das Spannungsverhältnis zwischen den überwiegend ländlichen paschtunischen Anhängern der ersteren und den urbanen Tadschiken der zweiten Gruppierung. Es heißt, die Führung der Taleban habe sich weitgehend aus Chalqis rekrutiert.

²¹ Allerdings ist inzwischen von Pakistan Nachschub aus den pakistanischen Medressen mobilisiert, ja es wurde gemeldet, es habe 5.000 weitere Elitesoldaten nach Afghanistan entsandt. Die militärische Lage in Afghanistan könnte sich also womöglich doch wieder zugunsten der Taleban ändern.

²² Als Dostum gefragt wurde, ob er nicht gern der neue Führer Afghanistans werden würde, meinte er freimütig: Er möchte das schon, aber das sei bei seiner ethnischen Herkunft nicht möglich.